

**Antragstitel: Kommunalabgabengesetz (KAG) reformieren: Bürger
entlasten, haushaltspolitisch seriös bleiben**

1. KAG reformieren

In den letzten Jahren sind die Kosten für Hoch- und Tiefbaumaßnahmen überdurchschnittlich stark gestiegen. Das wirkt sich u.a. auf die zu zahlenden Straßenausbaubeiträge nach Kommunalabgabengesetz (KAG) aus. Die Kostensteigerungen haben in manchen Orten zu unverhältnismäßigen Belastungen geführt. Die Freien Demokraten NRW sehen darum Reformbedarf.

- Wer bezahlt, muss mitreden dürfen: Die Kommunen sollen vor Ausbaumaßnahmen zu einer frühzeitigen Beteiligung der Anwohner verpflichtet werden. Im Rahmen dieser Beteiligung sind die Maßnahmen, die damit verbundenen Ziele und die Kosten vorzustellen. Findet eine solche Beteiligung nicht statt, verliert die Kommune das Recht, Beiträge zu erheben.
- Eigentümer sollen einen Rechtsanspruch auf Ratenzahlung bekommen. Zahlungen sollen zu möglichst niedrigen Zinsen auf 20 Jahre verteilt werden.
- Für Sonderfälle wie z.B. Eckgrundstücke müssen Doppelbelastungen ausgeschlossen werden.
- Es braucht eine rechtssichere Härtefallregelung, damit Eigentümer finanziell nicht überfordert werden.
- Darüber hinaus soll geprüft werden, ob im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung die Kommunen zukünftig selbst über die Erhebung von Straßenbaubeiträgen nach dem KAG entscheiden können.

Die Abrechnung nach KAG erfolgt aktuell nach einer unverbindlichen Mustersatzung der kommunalen Spitzenverbände. Die Freien Demokraten sehen in einer landesweit verbindlichen Mustersatzung eine Chance, die Akzeptanz für das Kommunalabgabengesetz zu erhöhen.

2. Kommunale Investitionsfähigkeit stärken

Der Landesparteitag begrüßt vor dem Hintergrund des kommunalen Investitionsstaus die Einführung der Unterhaltungs- und Aufwandspauschale in Höhe von 120 Millionen Euro für die nordrhein-westfälischen Kommunen mit dem GFG 2018. Die Landesregierung wird aufgefordert, die Pauschale beizubehalten und angemessen weiterzuentwickeln.

Die NRW-Koalition hat im Koalitionsvertrag vereinbart, den Stärkungspakt Stadtfinanzen zu einer kommunalen Altschuldenhilfe weiterzuentwickeln. Eine solche Altschuldenhilfe würde Planungssicherheit und neue Spielräume für Kommunen schaffen, gerade auch für Investitionen in die eigene Infrastruktur.

Mit der Weiterentwicklung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) hat die NRW-Koalition zum 01.01.2019 Anreize für Kommunen geschaffen, verstärkt in die eigene Infrastruktur zu investieren.

3. Infrastruktur hat auch kommunal Priorität

Eine gesunde Infrastruktur ist das Fundament unseres Wohlstandes. Die Freien Demokraten streiten darum auf allen politischen Ebenen für die sachgerechte Instandhaltung und den bedarfsgerechten Ausbau unserer Infrastruktur. Kurzfristig mögen Einsparungen bei Investitionen in die Infrastruktur Spielraum im Haushalt schaffen. Mittel- und langfristig wird die Politik von solchen Entscheidungen zu höheren Preisen wieder eingeholt. Straßen müssen darum so unterhalten werden, dass eine möglichst lange Lebensdauer ermöglicht wird.